

## Wir kämpfen zusammen und für die Bauwirtschaft!

Um unseren Mitgliedsunternehmen in der schwierigen Situation unter die Arme zu greifen, haben wir einen zuverlässigen Lieferanten von Atemschutzmasken für uns gewinnen und das erste Kontingent von 30.000 Stück reservieren können. Weitere Bestellungen folgen.

Neben der physischen Unterstützung durch die erzielten Synergieeffekte ist die politische Vertretung der Interessen der Baubranche in der gegenwärtigen Situation für uns ein MUSS.

Neben zahlreichen Presseberichterstattungen, hat Dr. Manja Schreiner in der Abendschau am 04. April 2020 eine Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens, die schnelle, freihändige Vergabe der Aufträge und Einhaltung der Zahlungsmoral gefordert. [Hören Sie hier!](#)

Wir haben uns in den letzten zwei Wochen im Namen der Berliner und Brandenburgischen Bauwirtschaft an die politischen Entscheidungsträger mit mehreren Appellen gewandt. Wir plädierten bei der Berliner Senatsverwaltung die bereits erfolgreich gelebte Genehmigungsfiktion für Baustellen kürzerer Dauer auf längerfristige Baustellen in den Nebenstraßen auszudehnen.

Wir wandten uns an entsprechende Ministerien mit der Bitte um Sicherstellung der Lieferketten von Baustoffen durch Offenhaltung der Baustoffcenter und Baumärkte und setzen uns für die Aufhebung des Sonntags-Fahrverbotes in Berlin ein, damit es nicht zu Lieferengpässen bei Baumaterial kommt. Wir sind mit der Verkehrslenkung Berlin im Gespräch, um Genehmigungsstaus vorzubeugen und den Mitgliedern Planungssicherheit zu geben.

Wir haben auch darum gebeten, Störungen des Bauablaufs durch das Coronavirus als „höhere Gewalt“ bei Bauvorhaben öffentlicher Auftraggeber einzustufen.

Wir haben für die Sicherstellung der Liquidität der Firmen durch großzügige Handhabung von Abschlagszahlungen und Zahlung eines 80%igen Abschlages auf die Schlussrechnung nach vereinfachter und beschleunigter Rechnungsprüfung und die fristgerechte Schlusszahlung geworben.

Auch die großzügige Nutzung der freihändigen Vergabe unterhalb sowie der Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb oberhalb der EU-Schwellenwerte haben wir gegenüber diversen Berliner Senatsverwaltungen wie Wirtschaft, Bau, Verkehr und Infrastruktur, Finanzen, allen Bezirken, den Brandenburgischen Landesministerien für Bau, Wirtschaft, Finanzen, bei allen Landratsämtern und Städten eingefordert. Zu unserem Forderungskatalog gehört auch die Heraufsetzung der Wertgrenzen für freihändige Vergaben auf 100.000 Euro und für beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb auf 1 Mio. Euro ohne Umsatzsteuer.

Dank unserer Bemühungen beim Brandenburger Bildungsministerium wurde das Berliner Modell der Kindernotbetreuung auch in Brandenburg übernommen. Infolgedessen können Familien nun in beiden Bundesländern die Betreuung ihrer Kinder beantragen, auch wenn nur ein Elternteil in den sogenannten „systemrelevanten“ Berufen arbeitet.

Wir werden unsere politischen Aktivitäten fortsetzen, um die Bauwirtschaft und die Gesellschaft unserer Region auch in den Krisenzeiten zu stärken!

Ihre

Fachgemeinschaft Bau